

Diskussionspapier der Schreibwerkstatt

Impulse an den BUND e.V.



Diskussionspapier

„Sustainable Finance“, Finanzsektor und Geldpolitik“¹

Autor*innen: Die Arbeitsgruppe Finanzwirtschaft.

Moderation: Wiebke Herding

¹ Die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind sich bewusst, dass gerade das Thema Finanzwirtschaft eine äußerst schamvolle und schmerzhaft antisemitische Geschichte hat und Diskussionen zum Thema Geld auch heutzutage noch oft antisemitische Ressentiments (wieder-)beleben. Leider gibt es immer noch viele Menschen, welche beim Thema "Geld" oder "Zins" sogleich an "Juden" denken, und welche für Systemkritik bewusst oder unbewusst auf antisemitische Stereotypen zurückgreifen. So werden gesellschaftliche Probleme, welche nichts mit Religion zu tun haben, verkürzt und personalisiert, vermeintliche Sündenböcke ausgemacht, Lösungen durch Fehlzuschreibungen aktiv verhindert und großes Leid angerichtet. Wir lehnen diese und ähnliche Vorstellungen ab. Wir haben uns bemüht, einer antisemitischen Leseweise aktiv entgegenzuwirken.

Vorwort

Kürzlich ist die erste digitale BUND-Schreibwerkstatt zu Ende gegangen. Im September 2020 begannen fünfzig motivierte Menschen innerhalb von drei Monaten entlang der sechs Themenfelder „Wirtschaftsstruktur“, Finanzwirtschaft“, „Arbeit und Tätigsein“, „Just Transition: Verteilungsfragen“, „Neue Demokratieförmungen“ und „Unternehmen und Betriebe“ Impulse für eine Postwachstumsgesellschaft zu entwickeln. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. hat in seiner Ausschreibung besonders Menschen zu einer Bewerbung ermutigt, die bisher noch weniger in den umweltpolitischen Debatten des Verbandes eingebunden sind. Gleichzeitig wollen wir an dieser Stelle transparent machen, dass es uns nicht gelungen ist, die gewünschte Vielfalt an Perspektiven (unter anderem in Bezug auf soziale und ethnische Herkunft) in den Prozess einzubinden. Dies wurde auch in Arbeitsgruppen wiederholt reflektiert und thematisiert. Im weiteren Verbandsprozess an den Themen der Schreibwerkstätten werden wir uns verstärkt um mehr Perspektivenvielfalt bemühen.

Die Diskussionspapiere aus den Arbeitsgruppen sind in Gruppen entstanden, die sich zu dem jeweiligen Thema durch den Aufruf des BUND zur „Schreibwerkstatt“ zusammengefunden haben. Die Ergebnisse sind in einem ausschließlich digitalen Format in wenigen Monaten entstanden. In der Kürze der Zeit konnte nicht die gesamte Breite der fachwissenschaftlichen und politischen Positionen zur Transformation in den jeweiligen Themenbereichen bearbeitet werden. Die Diskussionspapiere stellen den gemeinsam in solidarischer Weise erarbeiteten Konsens der Gruppe, eine Fokussierung und in machen Aspekten einen Kompromiss dar. Die Papiere sind keine Einzelmeinung.

Gleichwohl handelt es sich bei den Diskussionspapieren um Impulse an den Verband, nicht um eine Position des BUND. Die Mitglieder der Schreibwerkstatt weisen darauf hin, dass es sich bei ihren Diskussionspapieren auch nicht um fertige Ergebnisse handelt, sondern um einen unvollständigen ersten Entwurf, der für Ergänzung, Diskussion und Inspiration gedacht ist und einladen soll, weiter zu denken und zu streiten. Gleichzeitig ist es der Anspruch der Arbeitsgruppen, klare Anstöße und Impulse zu geben, in welche Richtung die weitere Diskussion gehen sollte, sowohl was die grundlegende Kritik als auch die Vorschläge für Maßnahmen betrifft.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei den Teilnehmer*innen der Schreibwerkstatt für ihre Zeit, ihre Kraft und ihr Engagement im Sinne des gemeinsamen Ziels: Das Gute Leben für Alle innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten.

Inhaltsverzeichnis

1. Problemanalyse des Themenbereichs	3
2. Radikal-realpolitische Forderungen und Zukunftsthesen und Begründungen	7
a. Zentralbanken und Fiskalpolitik	7
b. Finanzmarkt	10
c. Soziale Absicherung	12
d. Banken	13
e. Finanzlobby	14
3. Utopische Ausblicke	16

1. Problemanalyse des Themenbereichs

Es wurden drei Problemfelder der Finanzwirtschaft identifiziert:

1) Gerechtigkeit

- Soziale Ausbeutung ist eine Realität. Fehlende soziale Mindeststandards wie existenzsichernde Löhne, Sicherheit am Arbeitsplatz sowie angemessene Arbeitszeiten führen zu wirtschaftlichen Vorteilen für Unternehmen. Insbesondere die Global Player profitieren davon. Kleinere Unternehmen und vor allem deren Beschäftigte sind die Leidtragenden. Dies ist ein Aspekt der Umverteilung von unten nach oben (s.u.).
- Nicht jeder hat im gleichen Maße Zugang zu den Finanzmärkten. Die Möglichkeit, (günstige) Finanzierungen zu erhalten, steigt mit dem eigenen Vermögen und der damit verbundenen Macht. Bei den Unternehmen gibt es vor allem Unterschiede zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs), die sich eher über Bankkredite finanzieren, und großen Unternehmen, die an den Kapitalmärkten Unternehmensanleihen ausgeben. Auch die aktuelle Zentralbankpolitik und die Regulierung begünstigen große Unternehmen.
- Finanzmärkte begünstigen in unserem Wirtschaftssystem eine nicht nachhaltige Verteilung und verschlimmern sie: Die Möglichkeit, dass Privatschulden immer weiter steigen können, erlaubt „uns“, dass man auch bei unzureichendem Einkommen den zur gesellschaftlichen Teilhabe nötigen Konsum auch durch steigende Schulden bestreiten

kann. Dadurch verschärft sich die finanzielle Schieflage aber noch mehr und trägt zu einer Umverteilung von unten nach oben bei (s.u.)².

- Durch Finanzmärkte findet tendenziell eine Umverteilung von unten nach oben statt. Beispiele dafür sind neben den bereits genannten:
 - Wer schon Gelder hat oder Immobilien besitzt, sieht seine Werte steigen - und kann sich vor Krisen in einer Weise rechtlich absichern, die vielen anderen so nicht offenstehen
 - Die Quantitative Lockerung der EZB fließt vor allem in die Finanz- und die Immobilienmärkte anstatt in die Realwirtschaft. Dadurch hält sie Aktien- und Immobilienpreise hoch, was vor allem Vermögen sichert, aber keine neuen Arbeitsplätze schafft³. So sind selbst während der Corona-Krise gerade große Vermögen gewachsen, während viele abhängig Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt wurden oder ihren Arbeitsplatz verloren haben⁴.
- Hinreichend große Vermögen und daher auch Großkonzerne haben (zu) viel Macht bei der Gestaltung des Finanzsystems⁵, dadurch finden vor allem ihre Interessen Berücksichtigung. Außerdem stehen nur ihnen viele Möglichkeiten zur Ausnutzung von Schlupflöchern offen. Beispiele sind erfolgreiche Lobbyarbeiten gegen eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise⁶ oder die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern von Unternehmen wie Amazon.

2) Ökologie

- Umweltschäden und –risiken, die Unternehmen verursachen bzw. eingehen, werden häufig nicht (genügend) eingepreist. Es handelt sich dann um sogenannte Externalitäten. Dadurch haben umweltschädliche Unternehmen häufig einen Wettbewerbsvorteil gegenüber grünen Unternehmen und stellen vergleichsweise attraktive Investments dar. Unter anderem deswegen werden nach wie vor Unmengen an Geld in die fossile Industrie gepumpt⁷. Auch die EZB investiert noch nach dem Prinzip der

² Katharina Pistor (2020): Der Code des Kapitals - Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft, Suhrkamp.

³ Ben Dyson, Vortrag auf der Konferenz Positive Money 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=F5KV-iaMKK0>

⁴ Viktor Perli (2020): Krisenprofiteure in die Verantwortung nehmen!, <https://perli.de/2020/11/02/krisenprofiteure-in-die-verantwortung-nehmen/>

⁵ Finanzwende (2020): Ungleiches Terrain - Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland, <https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/ungleiches-terrain/?L=0>

⁶ Finanzwende (2019): Die aktuelle Debatte um die Finanztransaktionssteuer, <https://www.finanzwende.de/themen/banken/finanztransaktionssteuer/die-aktuelle-debatte-um-die-finanztransaktionssteuer/?L=0>

⁷ Urgewald (2020): Bericht über fossile Megaprojekte: Finanzindustrie sprengt das globale Kohlenstoffbudget, <https://urgewald.org/medien/bericht-ueber-fossile-megaprojekte-finanzindustrie-sprengt-globale-kohlenstoffbudget>

“Marktneutralität”, welches besagt, dass die Notenbanken ihre Anleihekäufe so durchführen sollen, dass der Markt nicht “verzerrt” wird und nicht einzelne Staaten oder Unternehmen bevorzugt werden, was einen verstärkten Fokus auf nachhaltige Unternehmen ausschließt⁸.

- Wenn versucht wird, Umweltschäden einzupreisen, entstehen weitere Probleme. Erstens können die ökonomischen Verluste durch Umweltschäden nicht klar beziffert, sondern im besten Falle abgeschätzt werden. Zweitens wird bei einer Einpreisung dem kulturellen und intrinsischen Wert der Natur nicht Rechnung getragen (ist es wirklich akzeptabel, einen Wald abzuholzen, wenn man nur genug dafür bezahlt?).
- Das System ist auf kurzfristige Gewinne anstatt auf langfristig ökologische Nachhaltigkeit ausgelegt. Gründe dafür sind u.a.:
 - Managerboni, die sich rein nach Jahresergebnissen bemessen und Umweltkriterien nicht mit einbeziehen.
 - Finanzmärkte, die schnelles Kaufen und wieder Verkaufen von Wertpapieren (bis hin zum Hochfrequenzhandel) ermöglichen. Das befördert wiederum das Interesse der Anleger an kurzfristigen Gewinnen.
- Zinsen und Dividenden sind Wachstumstreiber. Eine Geldanlage mit dem Ziel, daraus ein Geldeinkommen zu generieren, treibt das Wirtschaftswachstum an. Ein immer fortwährendes Wachstum ist aber nicht mit den planetaren Grenzen vereinbar und daher nicht nachhaltig. Auch die Idee eines grünen Wachstums hilft hier nicht. Es gibt bisher keine Belege dafür, dass die massiven Effizienzsteigerungen erreichbar sind, die nötig wären, um ein immer weiteres grünes Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen zu ermöglichen⁹.

3) Resilienz

Anfälligkeit für Finanzkrisen, die negative reale Effekte für politische, soziale und wirtschaftliche Systeme nach sich ziehen.

- Das System ist auf kurzfristige Gewinne anstatt auf finanzielle Nachhaltigkeit ausgelegt (Gründe s.o.). Zu finanzieller Nachhaltigkeit gehören u.a. Geschäftsmodelle und Investitionen, die zukunftsträchtig sind (ein Gegenbeispiel sind sogenannte Stranded

⁸Diese Form der "Marktneutralität" ist alles andere als marktneutral. Denn bei Marktversagen, wie Externalitäten es eben sind, ist es nicht neutral, wenn diese noch gefördert werden. (Dafermos, Gabor, Nikolaidi, Pawloff, van Lerven (2020): Decarbonising is easy - Beyond market neutrality in the ECB's corporate QE, <https://neweconomics.org/uploads/files/Decarbonising-is-easy.pdf>)

⁹ Parrique T., Barth J., Briens F., C. Kerschner, Kraus-Polk A., Kuokkanen A., Spangenberg J.H. (2019): Decoupling Debunked - Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability, <https://mk0eoborgicyupctuf7e.kinstacdn.com/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>

Assets), und die Aufnahme von Schulden nur in einem Maße, das auch voraussichtlich in Zukunft bedient werden kann.

- Es ist eine verstärkte Finanzialisierung zu beobachten, also der Trend, dass Finanzaktivitäten einen immer größeren Anteil am volkswirtschaftlich gemessenen Output ausmachen und sich die Finanzwirtschaft immer mehr von der Realwirtschaft abkoppelt. Ein Beispiel sind Ärztehäuser/Pflegeheime, die von Finanzinvestor*innen übernommen werden.
- Die hohe Komplexität von Finanzinstrumenten und ihr Zusammenspiel führen häufig zu einer falschen Einschätzung von Risiken (siehe Finanzkrise 2008/2009). Problematisch ist in dem Zusammenhang auch, dass in der vorherrschenden neoklassischen Theorieschule dieses Problem gar nicht vorkommt, da davon ausgegangen wird, dass der Markt Risiken immer korrekt abschätzt.
- Finanzmärkte und Finanzunternehmen (insbesondere Schattenbanken) sind relativ wenig reguliert. Anders als für Banken gibt es für Schattenbanken nicht einmal Vorgaben zu Stresstests oder Liquiditätspuffern¹⁰. Die Regulierung stellt ein großes Problem dar. Dies hat u.a. folgende Gründe:
 - Die Profiteur*innen deregulierter Finanzmärkte (tendenziell große Vermögen und Institutionen, s.o. Pkt. 1) haben mehr Macht und Einfluss als diejenigen, die darunter leiden.
 - Durch die hohe Komplexität (s.o.) der Finanzmärkte und die Erfindung immer neuer Finanzprodukte ist eine effektive Regulierung schwer umzusetzen.
 - Da Kapital beweglich ist, führt eine lokale Regulierung unter Umständen nur zur Abwanderung von Kapital in weniger regulierte Gebiete.
- Gläubiger*innen haben zu wenig Interesse, Investitionen auf ihre Resilienz hin zu untersuchen. Sie schätzen nur ein, ob ihre Schuldner*innen potenziell insolvent gehen, nicht aber, ob die finanzierte Investition (wirtschaftlich) nachhaltig ist. Im Falle einer Wirtschaftskrise führt die vielfältige Abhängigkeit und Verflechtung der Gläubiger und Finanzinstitute tendenziell zu Bankrott-Flächenbränden.

¹⁰ Becker, Peters (2021): Boomende Schattenbanken, strauchelnde Banken: Das Finanzsystem 2020, <https://www.finanzwende.de/blog/boomende-schattenbanken-strauchelnde-banken-das-finanzsystem-2020/>

2. Radikal-realpolitische Forderungen und Zukunftsthesen

a. Zentralbanken und Fiskalpolitik

Ziel 1: Vermögen stärker in sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen lenken

Forderungen

- die EZB refinanziert Bankkredite an vorbildlich sozial-ökologisch handelnde Unternehmen zu negativen Zinsen (Green TLTRO). Daneben führt sie Strafzinsen oder gar Ausschlusslisten für die Refinanzierung von ökologisch und sozial sehr schädlichen Unternehmungen ein.
- Deutschland führt wirksame Vermögens-, Kapitalertrags- und Erbschaftssteuern ein.
- die EZB wirkt mit ihrer Zinspolitik darauf hin, dass kurzfristig angelegte Bankguthaben negativ verzinst werden

Begründung:

Die materiellen und finanziellen Grundbedürfnisse sind in der angestrebten Postwachstumswelt gedeckt [siehe dazu auch Abschnitt 3) Soziale Absicherung]. Dies lindert die Notwendigkeit, dass Menschen zu ihrer eigenen Vorsorge etwas ansparen müssen. Politisch gibt dies die Möglichkeit, die Wirtschaft stärker an sozial-ökologischen Zielen auszurichten, wohingegen die Wirtschaftlichkeit der Investitionen etwas in den Hintergrund treten kann. Damit wird der Externalisierung der Kosten auf andere Menschen und Weltregionen vorgebeugt.

Um den sozial-ökologischen Umbau zu stärken, refinanziert die EZB Bankkredite an sozial-ökologisch vorbildliche Unternehmen zu negativen Zinsen. Dadurch schwächt sich auch auf Unternehmensseite das Ungleichgewicht ab, dass die Schaffung von Externalitäten finanziell lohnend ist. Finanzielle Überschüsse an und für sich verlieren an Stellenwert, soziale und ökologische Faktoren werden sozusagen stärker "eingepreist." Um Unternehmen zinsfreie Kredite anbieten zu können, könnte zunächst ein bereits bestehendes Instrument der EZB genutzt werden. Mit den TLTROs (targeted longer term refinancing operations) werden Banken bereits heute Kreditrefinanzierungen zu negativen Zinsen angeboten. Dieses Instrument könnte so weiterentwickelt werden, dass es sich auf vorbildliche sozial-ökologische Unternehmen fokussiert und diesen Kredite zu Null-Zinsen oder negativen Zinsen anbietet¹¹. Darüber hinaus sollte die EZB die Refinanzierung besonders schädlicher Investitionen ausschließen oder diese verteuern.

¹¹ van 't Klooster, van Tilburg (2020): Targeting a sustainable recovery with Green TLTROs, <http://www.positivemoney.eu/wp-content/uploads/2020/09/Green-TLTROs.pdf>

In einer Welt, die sich immer weiter Richtung Postwachstum entwickelt, in der sich sozial-ökologisches Wirtschaften immer weiter durchsetzt und Unternehmen nicht mehr zwingend finanzielle Überschüsse erwirtschaften müssen, könnten negative Zinsen immer mehr zum Standard werden und durch die Zinspolitik der EZB auf diesem Niveau gehalten werden¹². Damit würden Sparer*innen an den Bankkosten beteiligt, mit denen sie ihre Kaufkraft in die Zukunft verschieben.

Um der wachsenden Vermögenskonzentration in den Händen weniger entgegenzuwirken, sollten zudem Vermögens-, Kapitalertrags- und Erbschaftssteuern eingeführt werden. Dies verstärkt zudem den Anreiz, Gelder in realwirtschaftliche Aktivitäten zu investieren (insbesondere wenn die aggregierte Nachfrage durch umfassende Sozialsysteme stabiler wird). Insgesamt mindert dies die systemischen Kredit- und Assetblasen, wodurch Banking zwar wieder etwas "langweiliger" wird, dafür aber sicherer. Die Steuereinnahmen können darüber hinaus den finanziellen Handlungsspielraum der öffentlichen Hand erweitern.

Ziel 2: Verantwortung der Fiskalpolitik: keine finanziellen Restriktionen bei den notwendigen Ausgaben für das Aufhalten der Klimakatastrophe.

Forderungen:

- niedriges Zinsniveau für Staatsanleihen und Kredite erhalten
- EZB finanziert Staaten statt Quantitative Easing (MMT), um die sozial-ökologische Transformation voranzutreiben und das Geld wird für Projekte verwendet, die demokratisch legitimiert sind
 - (zusätzlich: demokratische Legitimation des Prozesses stärken; Übernutzung von Geldern demokratisch kontrollieren) — es reicht nicht, wenn nur die Regierung bestimmt.
- gemeinsame EU Schuldenpolitik: nullverzinsten Eurobonds
- Offenlegung der Halter*innen von Staatsanleihen
- Nutzung von Naturressourcen begrenzen, Verteuerung durch Abgaben, Pro-Kopf-Rückverteilung des Aufkommens (global und generationenübergreifend)

¹² Die Forderung nach negativen Zinsen für die gesamte Wirtschaft wurde in unserer Gruppe kontrovers diskutiert. Da Zinsen ein eindimensionales Instrument sind, das sich auf die verschiedensten Bereiche der Wirtschaft auswirkt, sind wir uns nicht darüber einig geworden, ob sich eher die positiven oder negativen Effekte der Maßnahme durchsetzen würden. Negative Auswirkungen könnten insbesondere sein, dass die Maßnahme durch eine erhöhte kreditfinanzierte Investitionsbereitschaft zu Wachstum führt oder dass Großunternehmen versuchen könnten andere Wege zu finden, um ihr Geld zu vermehren und damit die Spekulation antreiben. Außerdem müsste der Werterhaltung durch Bargeld vorgebeugt werden, was eine weitere Herausforderung darstellt.

Begründung:

Das niedrige Zinsniveau ermöglicht es Unternehmen günstig zu investieren (innerhalb der wirksamen sozial-ökologischen Grenzen der Postwachstumsökonomie). Zum anderen bremst es das weitere Anwachsen von Geldvermögen und verschärft bestehende Ungleichheiten nicht weiter.

Außerdem sollten auch Staaten in der Lage sein, ihre Möglichkeiten der Selbstfinanzierung durch „Verschuldung“ bei ihren eigenen Staatsbürgern oder durch die Geldschöpfung der Zentralbank zu nutzen. Dies basiert auf den Erkenntnissen von Modern Monetary Theory (MMT). Aktuell ist es so, dass die EZB durch Quantitative Easing (QE) enorme Summen in die Finanzwirtschaft pumpt. Allerdings unterstützt QE dadurch diejenigen mit den größten Anteilen am Finanzmarkt. Diese Gelder kommen meist gar nicht oder nur in geringem Maß in der Realwirtschaft an. Noch dazu kommt, dass die meisten großen Unternehmen derzeit nicht nachhaltige oder soziale Investitionen tätigen und dies wird durch QE weiter unterstützt. Stattdessen sollten diese Gelder direkt an demokratisch legitimierte Organe fließen¹³, um sie für konkrete soziale und nachhaltige Investitionen zu verwenden, die direkte Auswirkungen in der Realwirtschaft haben¹⁴. Für die erfolgreiche Nutzung der MMT-Instrumente ist außerdem eine gemeinsame europäische Schuldenpolitik nötig, die diese Investitionen wie z.B. einen Green New Deal auf europäischer Ebene ermöglicht und zudem Solidarität zwischen den Staaten schafft.

Transparenz bezüglich der Halter*innen von Staatsanleihen kann mehr Stabilität schaffen, da es hemmend wirken kann, Staatsanleihen abrupt abzustoßen und auf das Steigen oder Sinken der Anleihekurse einzelner Länder zu spekulieren. Weiterhin soll verhindert werden, dass die Privatwirtschaft Profit mit Rohstoffen erwirtschaften kann, mit schädlichen Konsequenzen für die Allgemeinheit. Zur Schonung der Naturressourcen braucht es Nutzungsgrenzen. Damit sie respektiert werden, werden den produzierenden Unternehmen Abgaben („Ökosteuern“) auferlegt. Da die Unternehmen ihre Kosten an die Verbraucher*innen weitergeben, braucht es die Rückausschüttung des Abgaben-Aufkommens an diese [siehe auch Abschnitt 3) soziale Absicherung die Forderungen: Ökologisches Grundeinkommen sowie BUND-Schreibgruppe Verteilung].

¹³ siehe hierfür die Ergebnisse von der Arbeitsgruppe Neue Demokratieformen

¹⁴ siehe für weitere Erklärungen die Forschung der NGO Positive Money: insbesondere Ben Dyson, Vortrag auf der Konferenz Positive Money 2014, <https://www.youtube.com/watch?v=F5KV-iaMKK0> und Dyson, Jackson (2013): Modernising Money, Herausgeber: Positive Money

b. Finanzmarkt

Ziel: Der Finanzmarkt soll ein Mittel zum Zweck sein und kein Selbstzweck. Er soll ausschließlich der Realwirtschaft dienen und ökologisch sowie sozial nachhaltige Investitionen ermöglichen.

Forderungen

A) Transparenz schaffen

- Transparenz von Steuern und Finanzflüssen
- transparente sozial-ökologische Kriterien für Unternehmen und Finanzprodukte schaffen (ESG-Kriterien).

B) Identifikation von Investor*innen mit Unternehmen fördern

- Einfluss der Stakeholder ausbauen, Einfluss der Shareholder einschränken.
- Dividenden nur bei Einhaltung von sozial-ökologischen Standards und nur an langfristige Investor*innen.
- Einführung eines Unternehmensstrafrechts, das hohe sozial-ökologische Standards festschreibt.

C) Spekulation dämpfen

- Finanztransaktionssteuer
- Bodenwertsteuer
- gewinnorientierte Investitionen in Sorgetätigkeiten (Krankenhäuser, Pflegeheime) verbieten (Daseinsvorsorge idealerweise in staatlicher Hand)

Begründung:

Die Finanzmärkte müssen so umstrukturiert werden, dass sie sich an ihren realen Einflüssen auf die Wirtschaft sowie auf Mensch und Natur ausrichten. Investitionen, die vorwiegend spekulativen Zwecken dienen und keinen gesellschaftlichen Mehrwert bieten oder diesem explizit entgegenwirken (wie insbesondere die Spekulation mit Rohstoffen, Lebensmitteln und Wohnraum), sollen weitestgehend unterbunden werden.

Dabei soll der Staat auf eine erhöhte Transparenz hinwirken. Dies betrifft neben der Offenlegung von Finanzflüssen und Steuerzahlungen insbesondere die Schaffung von objektiven sozial-ökologischen Kriterien. (Große) Unternehmen müssen alle relevanten Daten zur Einhaltung der Kriterien gemeinsam mit ihren Quartals- und Jahresberichten offenlegen.

Dazu könnten zunächst die bereits bestehenden Kriterienkataloge der EU für nachhaltiges Wirtschaften¹⁵, der non-profit Organisation Global Reporting Initiative¹⁶, die meist als ESG-Kriterien bezeichnet werden, oder die Gemeinwohlbilanz¹⁷ verpflichtend gemacht werden. Die Kriterien sollten zudem im Sinne der sozial-ökologischen Transformation weiterentwickelt werden. Die Schaffung solch verpflichtender Kriterien erlauben es den Investor*innen, sich bei Investitionsentscheidungen an der Nachhaltigkeit der Unternehmen zu orientieren. Sie bilden darüber hinaus eine transparente Grundlage z.B. für staatliche Förderungen oder institutionelle Investor*innen und ermöglichen eine zivilgesellschaftliche Kontrolle.

Weiterhin sollen Investor*innen dazu angehalten werden, sich stärker mit den Unternehmen zu identifizieren und sich stärker mit Unternehmensentscheidungen auseinanderzusetzen. Dies soll dadurch geschehen, dass Dividenden nur noch an langfristige Investor*innen ausgeschüttet werden (z.B. nur an Aktieninhaber*innen, die bereits seit drei Jahren Anteile halten) und Dividendenzahlungen daran gebunden sind, dass ein festgelegtes Minimum an sozial-ökologischen Standards (anhand des oben geschilderten Kriterienkatalogs) eingehalten werden. Außerdem soll in Deutschland ein Unternehmensstrafrecht eingeführt werden¹⁸, das hohe soziale und ökologische Standards festschreibt. Bei Verfehlungen haftet das Unternehmen mit seinem Betriebsvermögen. Bei besonders schwerwiegenden Verfehlungen, können die Anteilseigner*innen auch über das eingezahlte Kapital hinaus belastet werden (Nachschusspflicht). Auch wenn dies bereits die Ausrichtung der Eigentümer*innenversammlungen an den sozialen und ökologischen Belangen des Unternehmens stärkt, soll der Einfluss anderer Stakeholder gegenüber den Shareholdern ausgebaut werden, indem Arbeitnehmer*innen und andere Interessensgruppen stärker in Unternehmensentscheidungen eingebunden werden.

Die Finanztransaktionssteuer¹⁹ ist in ihrer dämpfenden Wirkung auf das Geschehen an den Finanzmärkte bereits vielfach untersucht. Außerdem hat sie sehr gute Wirkungen auf den Staatshaushalt. Sie macht den schnell wiederholten Kauf und Verkauf an Finanzmärkten durch eine relativ niedrige Besteuerung der einzelnen Vorgänge weniger attraktiv. Die Besteuerung von Grund- und Immobilienbesitz durch eine Bodenwertsteuer²⁰ dämpft die Bodenspekulation

¹⁵ Europäische Kommission (2020): EU taxonomy for sustainable activities, https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/sustainable-finance/eu-taxonomy-sustainable-activities_en

¹⁶ <https://www.globalreporting.org/>

¹⁷ Gemeinwohl Ökonomie: Gemeinwohl-Bilanz, <https://web.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/>

¹⁸ Peggy Fiebig (2020): Umstritten - der Gesetzentwurf für integere Unternehmen, https://www.deutschlandfunk.de/unternehmensstrafrecht-umstritten-der-gesetzentwurfuer.724.de.html?dram:article_id=485602

¹⁹ Finanzwende (2019): Die aktuelle Debatte um die Finanztransaktionssteuer, <https://www.finanzwende.de/themen/banken/finanztransaktionssteuer/die-aktuelle-debatte-um-die-finanztransaktionssteuer/?L=0>

²⁰ https://en.wikipedia.org/wiki/Henry_George_theorem

und sorgt mittelfristig für sinkende Bodenpreise. Sie ist eine sichere und beständige öffentliche Einnahme, da Boden nicht “fliehen” kann. Sie sorgt dafür, dass Einnahmen, die durch Investitionen der öffentlichen Hand ermöglicht werden, auch wieder der öffentlichen Hand zufließen²¹. Gewinnorientierte Investitionen z.B. im Pflegebereich dienen nicht der Gesundheitsfürsorge der Menschen²². Grundsätzlich dürfen Wirtschaftsbereiche, die unsere Grundbedürfnisse betreffen, nicht ohne weiteres dem Marktmechanismus überlassen bleiben.

c. Soziale Absicherung

Ziel: Jede und jeder kann sicher sein, jederzeit von der Gemeinschaft aufgefangen zu werden.

Forderungen:

- umfassende öffentliche Daseinsvorsorge.
- Staatliche Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, z.B. durch Job-Garantie²³, vernünftige Arbeitslosenversicherung und “ökologisches” Grundeinkommen (vgl. dazu Forderungen der Schreibgruppen Arbeit und Tätigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit).
- Sozialabgaben auf alle Einkommen, inkl. Vermögenseinkommen.
- Streichung der Pflichtversicherungsgrenze und Beitragsbemessungsgrenze.
- Transparente Festlegung und regelmäßige Neu-Verhandlung der Beiträge.
- Überführung noch vorhandener kapitalgedeckter Renten- und Kranken-Versicherungen in die umlagefinanzierten Systeme.

Begründung:

Wenn die großen Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Tod) gut gemeinschaftlich abgesichert sind, werden alle Beteiligten in der Verwendung ihres verbleibenden Einkommens freier. Für die gute Absicherung ist es notwendig, alle Einkommen, insbesondere die Vermögenseinkommen, an der Einzahlung in die Versicherungssysteme zu beteiligen²⁴. Das ermöglicht eine erstklassige Versorgung für alle -

²¹ siehe zum Beispiel den Aufruf zur Grundsteuerreform: <https://www.grundsteuerreform.net/> sowie Edenhofer, Mattauch, Siegmeier (2015): Hypergeorgism - When Rent Taxation Is Socially Optimal, FinanzArchiv 71(4) und Schwerhoff, Edenhofer, Fleurbaey (2020): Taxation of Economic Rents, Journal of Economic Surveys 34(2)

²² <https://www.deutsche-gesundheits-nachrichten.de/2017/11/14/studie-belegt-gewinnorientierung-in-krankenhaeusern/>

²³ Pavlina Tcherneva (2020): Case for a job guarantee, John Wiley & Sons

²⁴ <https://www.christophbutterwegge.de/texte/Buergerversicherung.pdf> bzw.

Christoph Butterwegge (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Verlag für Sozialwissenschaften

ohne weitere private Zusatzversicherungen oder Zuzahlungen. Der wegen der „Unsicherheit der Zukunft“ eigentlich nie endende Druck, individuell genügend finanziell vorzusorgen, sinkt und verschwindet völlig. Denn alle erwerben einen eigenen Anspruch auf Teilhabe, der sie lebenslang schützt. Gemeinschaftliche Absicherung heißt, dass jede und jeder, unabhängig von Art und Höhe des Einkommens, einen angemessenen Beitrag in die öffentlichen sozialen Sicherungssysteme einzahlt und zu gegebener Zeit daraus lebenslang oder so lange wie nötig ausreichende Zahlungen erhält. Die „Angemessenheit“ der Beiträge wird zwischen den Beteiligten – Versicherte, Versicherungen und speziell bei den Krankenversicherungen dem medizinischen Personal – regelmäßig und transparent verhandelt und den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst.

Pflichtversicherungsgrenze und Beitragsbemessungsgrenzen werden unnötig, wenn sowieso aus allen Einkommensarten in die Versicherungssysteme eingezahlt wird. Durch das schrittweise Auslaufen der kapitalgedeckten Versicherungen sinken die Mittel, die an den Finanzmärkten Rendite suchten und bisher direkt oder indirekt Spekulation begünstigten.

Diese gemeinschaftlichen Sicherungssysteme ermöglichen nahezu überall neue Handlungsperspektiven: das Umsteuern der Wirtschaft hin zu sozial-ökologischen Zielen kann besser akzeptiert werden, da die „Risiken des Neuen“ auf viele Schultern verteilt werden und daher die „Chancen des Neuen“ unvoreingenommener wahrnehmbar sind. Individuell notwendige Veränderungen werden leichter bewältigt. Und durch den Abbau von Existenzängsten, nehmen auch polemische Schuldzuweisungen an „andere“ ab.

d. Banken

Ziel: Banken stellen einen reibungslosen Ablauf der Realwirtschaft sicher, fokussieren sich auf das Kredit- und Einlagengeschäft und sind damit Garant für wirtschaftliche Stabilität. Sie sind Treiber der sozialen und ökologischen Transformation.

Forderungen

- Gemeinwohlorientierte Banken, insbesondere Sparkassen und Genossenschaftsbanken, erhalten und weiter stärken durch Steuervorteile oder günstigeres Zentralbankgeld
- Kreditvergabe nach strengen sozial-ökologischen Kriterien
- Kreditvergabe soweit möglich auf die Realwirtschaft beschränken
- Bündelung und Weiterverkauf von Krediten besteuern (z.B. Finanztransaktionssteuer) und außerdem nur unter Abschluss geeigneter Versicherungen erlauben

- Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an die Geschäftsbanken sowie Erhöhung der Mindestreserve

Begründung:

Geld ist ein öffentliches Gut und sollte gemeinwohlorientiert wirken. Wenn Banken neben wirtschaftlichen Aspekten bei der Kreditvergabe vor allem soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen, kann Profit nicht (mehr) die einzige Triebfeder für Investitionen sein [siehe auch Abschnitte 1) Zentralbanken und Fiskalpolitik, 2) Finanzmarkt]. Zugespielt formuliert: Wer vorbildlich ist, bekommt günstige Kredite, wer soziale und ökologische Kriterien mit Füßen tritt, geht leer aus. Dazu ist ein kontinuierliches Monitoring notwendig, sodass Banken Gelder nur im Sinne der notwendigen Transformationen zur Verfügung stellen.

Zudem ist es Aufgabe der Banken, als alltäglicher Dienstleister für Privatpersonen und Unternehmen stabil zu wirtschaften. Es ist nicht ihre Aufgabe, durch Spekulation an den Finanzmarkt Gewinne für ihre Anteilseigner*innen zu erwirtschaften. Diesem Anspruch genügen momentan am ehesten die (gemeinwohlorientierten) Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die stark lokal ausgerichtet sind. Es waren vor allem die großen Banken, die mit ihren komplexen Produkten und hohen Risiken zur Finanzkrise 2008 beigetragen haben. Durch eine Beschränkung der Kreditvergabe auf die Realwirtschaft und die Förderung der kleineren gemeinwohlorientierten Akteure wird die Stabilität des Finanzsystems gestärkt.

Bündelung und Weiterverkauf von Krediten schafft intransparente Produkte, deren Risiken nicht mehr abschätzbar sind. Die Rentabilität dieser Geschäfte sinkt durch Besteuerung und die Verpflichtung zu sachbezogenen Versicherungen, sie werden daher weniger attraktiv. Durch eine bessere Eigenkapitalausstattung und höhere Mindestreserven können Banken auch unvorhersehbar eintretende Risiken besser abfedern.

e. Finanzlobby

Ziel: Einschränkung ihrer Macht, damit sich die Gesetzgebung stärker am Wohlergehen der Bevölkerung orientiert als an den Interessen der Finanzindustrie.

Forderungen

- Mehr Transparenz in der Gesetzgebung durch ein verpflichtendes Lobbyregister und einen sogenannten legislativen Fußabdruck²⁵

²⁵ Finanzwende (2020): Ungleiches Terrain - Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland, <https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/ungleiches-terrain/?L=0>

- Deutschland soll ein öffentlich finanziertes Forschungsinstitut im Bereich Finanzwirtschaft gründen, um der starken Finanzlobby als neutraler Akteur fachlich und ethisch die Stirn zu bieten²⁶ .

²⁶ Giegold, Philipp, Schick (2016): Finanzwende - Den nächsten Crash verhindern, Verlag Klaus Wagenbach Berlin

3. Utopische Ausblicke

Zeitsprung ins Jahr 2040. Wir leben in einer Welt, in der Projekte, die unter ökologischen und sozialen Aspekten sinnvoll sind, einfach umgesetzt werden. Finanzielle Engpässe für gemeinwohlorientierte Investitionen sind ein Relikt aus vergangener Zeit. Stattdessen werden Fragen gestellt wie: Was ist der Beitrag zum Gemeinwohl? Wie lässt sich ein langfristiger Plan für eine lebenswerte Zukunft verwirklichen? Stehen uns unter ökologischen Aspekten genügend materielle Ressourcen zur Verfügung? Gibt es freie zeitliche Kapazitäten bei den Menschen, um das Projekt umzusetzen?

Diese Herangehensweise hat dazu geführt, dass die europäische Infrastruktur top in Schuss ist. Ein neues europäisches Schienennetz verbindet die Menschen bei Tag und Nacht und macht den Flugverkehr obsolet. Die meisten Flughäfen dienen mittlerweile als Erholungsanlagen. Die digitale Infrastruktur wurde zum Allgemeingut erklärt. Plattformen, KI und Algorithmen gehören bereits seit einigen Jahren den Menschen. Der Staat übernimmt Verantwortung und fungiert als Gemeinwohl-Investor. Bildung hat eine hohe Priorität, sodass Schulen und Universitäten finanziell und personell bestens ausgestattet sind. Krankenhäuser heißen mittlerweile Genesungshäuser und bieten für alle frei verfügbar eine erstklassige Versorgung. Es ist für alle zu spüren, wie sehr das Menschliche wieder ins Zentrum gerückt ist, sodass Ärzt*innen sich wieder Zeit nehmen können für die Bedürfnisse der Patient*innen. Zudem ist die Erleichterung groß, dass der Optimierungswahn längst sein Ende gefunden hat.

Generell herrscht eine Denke des füreinander Sorgens. Alle sind sich jederzeit sicher, dass wir von der Gesellschaft aufgefangen werden, egal in welcher Lebenssituation. Finanzielle Sorgen kennen wir längst nicht mehr, da wir uns in Notsituationen umfassender staatlicher Unterstützung sicher sein können. Bei der Wahl des Arbeitsplatzes ist der Freude an der Tätigkeit und die innere Überzeugung in den Vordergrund gerückt. Die attraktivsten Tätigkeiten mit dem höchsten Ansehen finden sich in der Care-Arbeit. Wenn Menschen an die Vergangenheit denken, können sie nur den Kopf schütteln und lachen über das stumpfe Hinterherjagen nach Geld und Profit vergangener Tage. Die damals vorherrschende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist für die Jüngeren kaum noch vorstellbar.

Deutschland ist damals vorangegangen und hat ein öffentlich finanziertes, interdisziplinäres Forschungsinstitut ins Leben gerufen um Wege aufzuzeigen, wie die Finanzwirtschaft wieder den Menschen dienen kann. Die zu jener Zeit sehr mächtige Finanzindustrie handelte nur im Interesse einiger weniger, sodass ein starker Gegenpol notwendig war, um fachlich und ethisch kompetent der Zivilgesellschaft den Rücken zu stärken.

Die Regierung hat damit Mut bewiesen, und die Menschen sind heute dankbar für die gesundgeschrumpfte Finanzwirtschaft. Die Vorgehensweise löste eine globale Kettenreaktion aus, und mehr und mehr Länder zogen nach, bis letztendlich multinational bindende Verträge

eine Gemeinwohlorientierung festschrieben. Seit dem existieren nur noch öffentlich und genossenschaftlich organisierte Banken, die enge Beziehungen zu den regionalen Akteuren pflegen (Vorbild: Bank für Gemeinwohl (BfG) Österreich). Die gemeinwohlorientierten Banken sorgen lediglich dafür, dass realwirtschaftliche Aktivitäten reibungslos durchgeführt werden. Darüber hinaus wissen die Menschen stets, für welche Projekte Kredite verwendet werden, da Transparenz und demokratische Einbeziehung eine große Rolle spielen. Durch die öffentliche Diskussion in den Genossenschaften, werden gemeinwohlrelevante Projekte demokratischer diskutiert, wodurch negative wie auch positive Effekte besser eruiert werden können. Diese Diskussionen werden leidenschaftlich (und manchmal hitzig) geführt, sie haben aber auch die demokratische Auseinandersetzungsfähigkeit gestärkt. Wie bei den staatlichen Aktivitäten dominiert auch im privaten Bereich das generationenübergreifende Denken.

Linguist*innen und Historiker*innen erforschen, wie sich der Volksmund gewandelt hat. Das prägnanteste Beispiel ist wohl das Wort „profitabel“, welches eine ganz andere Bedeutung bekommen hat. Als profitabel gilt seither demnach die Aktivität, die das Gemeinwohl fördert und auch für die nachfolgenden Generationen ein würdiges Leben ermöglicht. Das Wort „Finanzkrise“ taucht in den Tageszeitungen nur noch aus historischer Perspektive auf.